

Wahlprüfsteine der Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen (BKMO)

Juni 2021

A. Verankerung der Bekämpfung von institutionellem und strukturellem Rassismus in der Exekutive und Legislative

"Mit der Einrichtung des Kabinettsausschusses im März dieses Jahres hat die Bundesregierung ein klares Signal gesetzt und den Kampf gegen Rechtsextremismus sowie gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Muslimfeindlichkeit, Anti-Schwarzen Rassismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf die höchste Verantwortungsebene gehoben", ist in der Einleitung zum Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus zu lesen.

Die BKMO fragt:

1. Welche Schritte werden Sie mit Ihrer Partei/Fraktion einleiten, damit die Bekämpfung von jeder Form von Rassismus und Diskriminierung institutionell verankert und auf der höchsten Verantwortungsebene bleibt?
2. Werden Sie sich für die Einrichtung eines **eigenständigen Ministeriums für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft** einsetzen, welches die Zuständigkeiten zur Gleichstellung von BiPoC und Maßnahmen zu Antirassismus vereint? Welche konkreten Zuständigkeiten und Themenfelder sehen Sie für dieses Ministerium?
3. Befürworten Sie die Einrichtung einer **Enquete Kommission** im Bundestag zum Thema Rassismus, die unter anderem endlich die Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Ausschusses und des UN-Antirassismus-Ausschusses (ICERD) vorantreibt?
4. Werden Sie sich für die Einrichtung eines „**Partizipationsrats Einwanderungsgesellschaft**“ einsetzen, der mehrheitlich aus Personen mit Migrationsgeschichte besteht und bei allen Gesetzesvorhaben und Verordnungsentwürfen der Bundesregierung, die die soziale, wirtschaftliche und politische Partizipation von Personen mit Migrationsgeschichte oder von Personen mit Diskriminierungserfahrung berühren, anzuhören ist?
5. Werden Sie sich für ein **Bundespartzipationsgesetz** stark machen, das die umfassende gesellschaftliche Teilhabe von Personen mit Migrationsgeschichte und Personen mit Diskriminierungserfahrung verwirklicht, bestehende Benachteiligungen auf Grund der Herkunft, insbesondere solche aus rassistischen Gründen, beseitigt, künftige Benachteiligungen verhindert sowie die Partizipation von Vertreterinnen und Vertretern der Personen mit Migrationsgeschichte und Personen mit Diskriminierungserfahrung an allen staatlichen Entscheidungen und Strukturen verbessert?

B. Konkrete Antidiskriminierungspolitik und Opferschutz

1. Welchen Fahrplan schlagen Sie zum Ausbau eines **flächendeckenden Antidiskriminierungsnetzwerks** vor? Wie werden Sie erreichen, dass Gleichbehandlungsstellen, allen voran die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, gemäß der Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) finanziell und personell vollständig aufgestellt werden?
2. Unterstützen Sie die Errichtung eines flächendeckenden Netzes **unabhängiger Beschwerdestellen** für Diskriminierungen in den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen einschließlich der Ausländerbehörde, Sozialämter, Job-Center, Schuleinrichtungen?

3. Werden Sie vorschlagen und entsprechende Schritte unterstützen, dass die **Antidiskriminierungsstelle des Bundes** zu einer obersten Bundesbehörde mit umfassenden Auskunfts-, Beanstandungs-, Beteiligung-, Untersuchungs- und Klage- und Sanktionsrechten, eigenem Haushalt und einem Budget von mindestens 40 Millionen Euro inkl. eines erheblichen Stellenaufwuchses ernannt wird?
4. In welchem Umfang und wie konkret werden Sie die **Novellierung des Antidiskriminierungsgesetzes (AGG)** vorantreiben? Werden Sie eine Ausdehnung des AGG auf den Bereich Schule veranlassen?
5. Werden sie die Verabschiedung eines **Bundesantidiskriminierungsgesetzes (BADG)** unterstützen und in die Wege leiten?

C. Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen

1. Werden Sie sich für die Aufnahme eines neuen **Staatsziels Art. 20b Grundgesetz** einsetzen, das sich zu einer Gesellschaft der Vielfalt und zu Antirassismus bekennt? Der Vorschlag der BKMO lautet: „Die Bundesrepublik Deutschland anerkennt die Vielfalt ihrer Bevölkerung, fördert die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen und bekämpft jede Form von Rassismus und Diskriminierung.“
2. Befürworten Sie die **interkulturelle Öffnung der Verwaltung** in der Hinsicht, dass Beschäftigte mit Migrationsgeschichte entsprechend deren Anteil an der Bevölkerung vertreten sind? Werden Sie die **interkulturelle Öffnung** in nichtstaatlichen Einrichtungen, die Zuwendungen aus Bundeshaushaltsmitteln erhalten, vorantreiben und sich für einen der Bevölkerung entsprechenden Anteil bei den hauptamtlich Beschäftigten mit Migrationsgeschichte einsetzen?
3. Werden Sie sich um das **allgemeine kommunale Wahlrecht** für alle Menschen mit Migrationsgeschichte bemühen?
4. Setzen Sie sich für eine **Liberalisierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes** ein, welches Mehrstaatigkeit generell akzeptiert und konsequent das Geburtsortsprinzip verfolgt?
5. Was werden Sie konkret tun, um **Einbürgerungen** zu erleichtern und attraktiver zu machen?
6. Welche Handlungsmaßnahmen wollen Sie zur Auswertung von Maßnahmen und Wirkungen der **EU-Dekade der Roma** Integration (2005-2015), der Umsetzung des Strategischen EU-Rahmens für Gleichstellung, Inklusion und Partizipation von Sinti und Roma (2020-2030) und zur Umsetzung und Auswertung **der UN-Dekade für Menschen mit afrikanischen Vorfahren** (2015-2024) einschließlich der Umsetzung der Erklärung und des Aktionsplans (DDPA) aus der Weltkonferenz gegen Rassismus von Durban (2001) vorschlagen?
7. Wie werden Sie Erinnerungskultur und die Umstrukturierung von Außerwirtschaftsbeziehungen zwischen gleichberechtigten Partner*innen als Teil einer diskriminierungs- und rassismusefreien globalen Welt gestalten?

D. Politische Bildung & Demokratieförderung

Politische Bildung und Demokratiebildung gelten als zentrale und zukunftsweisende Bereiche, die den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sichern. Diese Bereiche sind wichtig, um Kritikfähigkeit, Reflexionsvermögen sowie politische Mündigkeit zu fördern und politische und gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten. Die BKMO fordert, den politischen Bildungsbereich (Institutionen, Förderstruktur, Trägerlandschaft, Ausbildung, inhaltliche Standards) anhand eines rassismuskritischen, intersektionalen Maßstabs zu überprüfen und entsprechende Öffnungsprozesse, Umstrukturierungen und Aktivitäten anzustoßen.

Die BKMO fragt daher:

1. Sprechen Sie sich dafür aus, den Erlass des Bundesinnenministeriums zur Arbeit der Bundeszentrale für die politische Bildung (BpB) in §2 um rassismuskritische Inhalte zu ergänzen? Welche weiteren Reform- und Öffnungsprozesse schlagen Sie für die BpB vor (bspw. im Bereich Personalentwicklung, Leitbild/ Selbstverständnis, Besetzung von Gremien)?
2. Sehen Sie die Notwendigkeit, rassismuskritische fachliche Standards der politischen Bildungs- und Demokratiearbeit für die Arbeit des BMI und des BMFSFJ zu formulieren, sodass zentrale Fragen der Einwanderungsgesellschaft bearbeitet werden?
3. Befürworten Sie die Verstärkung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ auf der Grundlage eines **Demokratiefördergesetzes**? Sprechen Sie sich dafür aus, die Förderschwerpunkte Empowermentarbeit und Antidiskriminierung in das Demokratiefördergesetz mit aufzunehmen?
4. Was werden Sie konkret tun, damit die Trägerlandschaft im Bereich der politischen Bildung sowie im Bereich der Demokratiearbeit die Vielfältigkeit der Gesellschaft widerspiegelt?
5. Was wollen Sie tun, um Organisationen zu Träger*innen der politischen Bildung aufzubauen, welche über langjährige Erfahrung und besondere Expertise in der rassismuskritischen und der Community-bezogenen Empowermentarbeit verfügen?

E. Gesundheit & Soziales

Die Corona-Pandemie hat uns dramatisch vor Augen geführt, wie sehr Gesundheit von der sozioökonomischen Lage der Menschen abhängt. Menschen, die in beengten Wohnverhältnissen leben und unter prekären Bedingungen arbeiten (Viele haben eine eigene oder familiäre Migrationsgeschichte), sind besonders von einer COVID-19 Ansteckung und einem schweren Verlauf gefährdet. Viele Menschen mit Migrationsbiografie haben auch keinen Hausarzt aufgrund der mangelnden hausärztlichen Versorgung in Stadtteilen mit hohem Anteil an Menschen mit Migrationsbiografie. Zudem hat die Pandemie gezeigt, wie wichtig die niedrigschwellige Beratung für Migrant*innen ist. Die Migrationsberatung für Eingewanderte mit geringer digitaler Medienkompetenz und geringen Deutschkenntnissen spielt(e) eine zentrale Rolle in der Pandemiebekämpfung und der Entlastung der Arbeits- und Verwaltungsstrukturen des deutschen Staates.

1. Wie wollen Sie konkrete Anreize schaffen, um die Verteilung der **Hausarztpraxen** in Stadtteilen mind. auszugleichen, in denen viele marginalisierte Menschen leben?
2. Was wollen Sie konkret tun, um die **Wohnverhältnisse** gesellschaftlich benachteiligter Menschen und Familien zu verbessern?
3. Was wollen Sie tun, um die **Arbeitsbedingungen** in Betrieben und Orten mit hoher Ansteckungsgefahr merklich und nachhaltig zu verbessern?
4. Befürworten Sie die Anerkennung von Migrant*innenberatungsorganisationen als systemrelevant?

Im April 2021 wurde das Gesetz zur Verlängerung der Arbeitszeit für **Saisonarbeiter*innen** ohne Kranken- und Sozialversicherung auf 102 Tage verabschiedet. Als BKMO halten wir dieses Gesetz für ungerecht und für eine Manifestation der Interessen einer mächtigen Wirtschaftslobby, die nicht der sozialen Gerechtigkeit dient.

5. Sind Sie dafür, dass es in Zukunft eine Kranken- und Rentenversicherungspflicht für in Deutschland arbeitende ausländische Saisonarbeiter*innen gibt?
6. Wie wollen Sie die Sicherheit und Gesundheit der Saisonsarbeiter*innen, insbesondere aus osteuropäischen Ländern, am Arbeitsplatz, in den Unterkünften und auf dem Weg zur Arbeit bzw. zur Unterkunft gewährleisten?

Mehr als tausend Menschen ohne Bleiberecht in Deutschland sind gesundheitlich bedroht: bspw. erleiden Schwangere unnötige Fehlgeburten und Komplikationen. Immer wieder sterben Menschen,

weil sie Angst haben, zur*m Ärztin*Arzt zu gehen. Grund dafür ist der menschenrechtswidrige **§ 87 des Aufenthaltsgesetzes**. Demnach ist das Sozialamt, das die Krankheitskosten übernimmt, verpflichtet, die Daten des*der Kranken an die Ausländerbehörde weiterzugeben. Der*die Kranke läuft folglich Gefahr, aus Deutschland ausgewiesen zu werden.

7. Sind sie dafür, den § 87 des Aufenthaltsgesetzes zu streichen bzw. zu ändern?

F. Digitalisierung & Bildung

Seit Jahrzehnten gehört Digitalisierung in zunehmendem Maße zum Alltag moderner Gesellschaften und ist allgegenwärtig. Der digitale Wandel erzeugt einen erheblichen Veränderungsdruck bei Abläufen, Strukturen und inhaltlichen Angeboten. Die Technologie-Entwicklungs- und Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft mit ihren wechselseitigen Auswirkungen bergen Chancen und Risiken vor allem für Partizipation und Teilhabe, Selbstbestimmtheit, Bildung und Sicherheit aller Menschen in einer Einwanderungsgesellschaft. Die BKMO fragt sich, wie Sie und Ihre Partei auf folgende Digitalisierungs- und Bildungsthematischen Felder und Herausforderungen reagieren bzw. reagieren möchten.

1. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die digitale Grundversorgung mit Netzausbau, WLAN im öffentlichen Raum und einer Verankerung von sozialrechtlichen digitalen Hilfen im SGB XII Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in ganz Deutschland wird? Mit welchen konkreten Maßnahmen werden sie Ihr Vorhaben umsetzen?
2. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die digitale Teilhabe von „Offlinern“ sozial gerechter zu gestalten?
3. Welche Schritte plant Ihre Partei, um den seit 2019 geltenden **European Accessibility Act** voranzubringen, in nationales Recht umzusetzen und somit Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen?
4. Wann und wie will Ihre Partei den **Verbraucherschutz** verbessern und die europäischen und deutschen Datenschutzregelungen umsetzen?
5. Wie wollen Sie **Chancengleichheit** durch Digitalisierung auf das erforderliche Niveau bringen und nachhaltig fördern?
6. Wie wollen Sie die Integration und Partizipation von Familien mit geringem Bildungsstandard und sprachlichen Einschränkungen stärken, damit sie eigenständig ihre Kinder im **Homeschooling** unterstützen können?

Bildung: Von Kita bis Schule

Eine Studie der Bertelmann Stiftung von 01.02.2020 besagt, dass nach wie vor Kinder mit Migrationsgeschichte in der Kindertagesbetreuung unterrepräsentiert sind. Damit Kinder mit Migrationsgeschichte bei Schuleintritt über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, sollten sie so früh wie möglich mit deutschsprachigen Kindern spielen. Gleichzeitig können sich Kinder – falls richtig gefördert – problemlos in verschiedenen Kulturen und in mehreren Sprachen mühelos bewegen, was später zu Vorteilen im Beruf und in der Wirtschaft führt. Bzgl. der Bildungskarrieren und sog. Drop-Out-Raten zeichnen die regelmäßigen Daten des Integrationsmonitorings ein sehr ernüchterndes Bild für junge Menschen mit Migrationsgeschichte.

Die BKMO fragt:

1. Welche Handlungsoptionen könnten Sie mit Ihrer Partei/Fraktion unterstützen, damit mehr Kinder mit Migrationsgeschichte früher in die Kitas kommen?
2. Welche Maßnahmen sollten Ihrer Meinung nach ergriffen werden, damit es in keinem Viertel in Kindergärten zu einer Situation kommt, dass die Kinder kaum Chancen haben, sich mit Gleichaltrigen auf Deutsch zu unterhalten?

3. Wie wollen Sie die natürliche **Mehrsprachigkeit** fördern?
4. Wie wollen Sie die Unterschiede in den Schulabschlüssen zwischen den Schüler*innen mit und ohne Migrationsgeschichte ausgleichen?
5. Welche Strategien würden Sie entwickeln, um die Differenz junger Erwachsener mit und ohne Migrationsgeschichte bei der Hochschulreife zu minimieren?
6. Welche praktisch-nachhaltigen Schritte wären zu verankern, damit niemand die Schule ohne Abschluss verlässt und alle ohne die Hürde eines mangelnden Berufsabschlusses in die Arbeitswelt eintreten können?
7. Mit welchen sofortigen Maßnahmen ließe sich vermeiden, dass sich die o.g. Situationen durch die erschwerten Bedingungen **infolge der Corona-Pandemie** nicht noch gravierender verstärken und erreichen, dass junge Menschen perspektivvoll in die Zukunft blicken können?
8. Was wären Ihrer Meinung nach angemessene Klassenstärken/Teilungsgrenzen, um das Ziel „Chancengleichheit“ tatsächlich zu erreichen?
9. Was würden Sie tun, um die kulturelle Vielfalt in allen pädagogischen Berufszweigen, insbesondere im Lehrerberuf, zu steigern?
10. Wie wollen Sie ein regelmäßiges Monitoring implementieren, um wirksamer gegen Rassismus und Diskriminierung im Bildungssystem vorzugehen?